

Anti-Kriegs-Kampagne in den Republiken

Friedensarbeit für ein Leben nach dem Krieg

Seit einem halben Jahr herrscht Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Bislang wurden 14 Waffenstillstandsabkommen gebrochen. Das 15. dauert trotz Zwischenfällen an. 20'000 Tote und 500'000 Flüchtlinge, seien es nun KroatInnen oder SerbInnen, sind die tragische (Zwischen?) Bilanz dieses Krieges. Dass dabei auch Wohnungen, die Infrastruktur und Kulturgüter vernichtet werden, wird zur Marginalie. Der Krieg ist zum Alltag geworden. Gegen diesen Krieg formiert sich aber immer stärker auch eine Opposition – in allen Republiken und im Ausland.

Roland Brunner

Während der Logik des Krieges folgend vor allem extreme rechte und nationalistische Kräfte davon profitieren, Feindbilder zu projizieren, stehen die nicht-nationalistischen Kräfte diesem autoritären Kriegspopulismus (Sonja Licht) und den nationalistischen Warlords in viel schwächerer Position gegenüber. Die sozialen Verhältnisse drohen sich radikal zu verschlechtern, solange der Krieg anhält. *«Ich fürchte mich vor einer Mixtur von verschiedenen Typen von Fundamentalismen, von nationalem und religiösem Fundamentalismus und sozialer Unzufriedenheit»*, schreibt die Belgrader Soziologin *Sonja Licht*.

Anerkennung der Republiken

Auf den 15. Januar beschlossen die EG-Staaten die Anerkennung aller ehemaligen jugoslawischen Republiken, die um eine solche Anerkennung nachfragen. Hätte dieser Schritt noch vor einem halben Jahr vielleicht das Ausbrechen eines Krieges durch die Anerkennung der verschiedenen nationalen Interessen verhindern können, so ist es heute sehr fraglich, ob

dieser Schritt einen Einfluss auf den weiteren Verlauf des Konfliktes haben kann. Während die EG durch ihr Festhalten am alleinigen Bündnis- und Gesprächspartner Zentralstaat Jugoslawien vorher eine gleichberechtigte Diskussion verhinderte, schafft sie heute mit der Anerkennung der Republiken als eigenständigen Staaten keine Sachverhalte, die über die Anerkennung geschehener Zersetzungs- und Zerfallprozesse hinausgehen.

Eine Anerkennung von Kroatien ohne Garantie der territorialen, politischen und kulturellen Autonomie für die serbische Bevölkerung könnte die Auseinandersetzung im jetzigen Kriegszustand weiter aufheizen. Zudem müssen dann auch die Vielvölker-Republiken Bosnien-Herzegowina und Mazedonien anerkannt werden, wodurch die Frage der Grenzen die Büchse der Pandora erst öffnet.

Mögliche Grenzen?

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wird in den Medien immer mehr auf einen Krieg um Grenzen reduziert. Terraingewinne oder -verluste scheinen entscheidend für den Kriegsausgang und eine allfällige Nachkriegsordnung. Während nun aber für Slowenien eine solche nationalstaatliche Lösung politisch problemlos ist (90% SlowenInnen), lassen sich zwischen Kroatien und Serbien, in Bosnien-Herzegowina, keine «gerechten» Grenzen ziehen. Ethnische Grenzen sind bei der Durchmischung innerhalb von Regionen, Dörfern, Strassen und selbst Familien unmöglich geografisch festzulegen.

In der noch existierenden Republik Serbien (inklusive Kosovo und Vojvodina) sind nur etwa 67% der Bevölkerung SerbInnen. Der Rest sind AlbanerInnen, UngarInnen, KroatInnen, SlowakInnen,

RumänInnen... *«Die Grenzen der Republiken sollten beibehalten werden, nicht weil sie so gut sind, sondern weil es keine besseren gibt»*, meint etwa *Werner Weilguni* in den Ost-West-Gegeninformationen. Tatsächlich entscheidet nicht die Grenzziehung über einen gerechten Frieden, sondern die gegenseitige Anerkennung der nationalen Rechte als Teil der allgemeinen Menschen- und BürgerInnenrechte eines jeden menschlichen Individuums und einer demokratischen Konsens- oder Kompromissfindung über die Formen, in denen diese Rechte wahrgenommen werden können.

Widerstand formiert sich

Vor allem in Serbien selbst sieht sich die Armee wachsendem Widerstand gegenüber. Die Einnahme und Zerstörung Vukovars stärkte die Position von Milosevic nicht, sondern brachte Ernüchterung und Entsetzen mit sich, wohnten doch in Vukovar zuvor 37,4 Prozent serbische EinwohnerInnen, die damit auch zu den Opfern zählen. Selbst Teile der nationalistischen Opposition gegen Milosevic, auch ihr Führer Vuk Draskovic persönlich, geben zunehmend Stellungnahmen gegen den Krieg ab.

Jeden Abend entzünden an die Hundert Personen vor dem serbischen Parlament Kerzen: *«Für alle Opfer des Krieges, Solidarität mit den Aufständischen gegen den Krieg»*, erklären zwei grosse Transparente. Die Aktion «Anti-Kriegs-Marathon», zu der wöchentlich ein- bis zweihundert Menschen ins Theater «Dusko Radovic» kommen, lancierte Anfang Dezember eine Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung zur Frage: *«Stimmen Sie dafür, dass die EinwohnerInnen Serbiens auf Befehl der Machthaber einen Krieg ausserhalb der Republik Serbien führen?»* Die Initian-

CAMPAIGN IN CROATIA ANTI WAR

Innen hoffen, mit 100'000 Unterschriften eine Volksabstimmung durchsetzen zu können.

In Kroatien wurde am 12. Oktober eine Dachorganisation aus zwölf Friedens-, Umwelt- und Frauenorganisationen gebildet. Mitglieder dieser Anti-War-Campaign sind auch das serbische «Zentrum für Anti-Kriegs-Aktionen», das montenegrinische «Bürgerkomitee für Frieden» sowie die Organisation «Zagreb Green Action» und «Womens Aid Now». Dem Rat des Netzwerkes gegen den Krieg gehören NichtkroatInnen ebenso an wie VertreterInnen der Grünen im EG-Parlament. Die Zusammenarbeit dieser Gruppen erfolgt dabei in erster Linie in der humanitären Arbeit mit Flüchtlingen und der Betreuung von Kriegsdienstverweigerern. Eine gemeinsame politische Plattform zu finden fällt schwer, da das mit dem Krieg erzwungene Auseinanderleben auch eine Verständigung über Kriegsursachen und politische Alternativen (z.B. in der Frage der Anerkennung der Republiken) erschwert.

Die Popularität des kroatischen Präsidenten *Franjo Tudjman* fiel drastisch. Während ihm noch Anfang September 42 Prozent das Vertrauen aussprachen, waren es Mitte November lediglich noch 26%. Die Bevölkerung wirft Tudjman allerdings nicht vor, Kroatien in den Krieg gezogen zu haben. Diese Frage ist ein Tabu und wird wegen der Opferrolle Kroatiens nicht aufgeworfen. Kritik entzündet sich daran, dass Tudjman zulasse, dass dieser Krieg einen derart «schmachvollen» Verlauf nimmt, dass die Verteidigung schlecht organisiert sei, dass er eine Politik des Lavierens und der halben Ergebnisse betreibe, insbesondere was die Waffenstillstandsverhandlungen und die Gespräche in Den Haag betreffe. Entsprechend profitiert auch eher die extreme nationalistische Rechte Kroatiens von dieser Kritik an Tudjman.

Krieg, aber keiner geht hin?

Tanja Petovar, Rechtsanwältin für Deserteure in Belgrad, erklärte im bosnischen Fernsehsender Yu-Tel: **«Alle, die an diesem Krieg teilnehmen, sind schuldig. Da dieser Krieg der Volksarmee gegen die Nationalgarde nicht erklärt wurde, sind jene Generäle, die die Einberufungsbefehle gegeben haben, schuldig, da ihnen jede gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen fehlt. Aber auch die Einberufenen, die den Befehlen Folge leisten, machen sich mitschuldig, da sie aufgrund unrechtmässig ausgegebener Einberufungsbefehle an dem nicht erklärten Krieg teilnehmen. Jede Kriegshandlung wird vor diesem Hintergrund auch aus rechtlicher Sicht zum Verbrechen. Die einzige legitime Vorgangsweise in dieser Situation ist die Desertion.»**

Dieser Rat scheint auch massenhaft befolgt zu werden. Der bosnische Republikpräsident *Izbegeđovic*, in dessen Republik die «Volksarmee» ebenfalls mobilisieren wollte, hatte bereits Ende September höchstpersönlich zur Verweigerung der Einrufungsbefehle aufgerufen. Den serbischen Behörden wie der Armee fehlen die Mittel, ihren Befehl durchzusetzen.

In Kroatien scheint die Hälfte der Einberufenen den Dienst zu verweigern, obwohl in den besetzten Gebieten von der Nationalgarde allgemein mobil gemacht wird. Dabei werden alle 18- bis 55jährigen Männer von ihrem Wohnort abgeholt. Zudem wirkt ein starker sozialer Druck, das Land gegen die Bundesarmee zu verteidigen. Der Präsident des nur eine halbe Million EinwohnerInnen zählenden Montenegro, *Bulatovic*, kritisierte Belgrad, es gehe nicht an, dass in Montenegro im Verhältnis zur Einwohnerzahl fünfmal mehr Reservisten einberufen werden als in Serbien.

In Serbien scheinen Einberufungen vor allem die ungarische und albanische Minderheit und andere bei der serbischen Führung als unzuverlässig geltende Personen zu betreffen. In Belgrad selbst verweigern 85% der Reservisten ihre Einberufungsbefehle. Sie folgen diesen nicht, bleiben zuhause, verstecken sich oder gehen ins Ausland. In ländlichen Regionen Serbiens ist dies verschiedenen serbischen Zeitungen zufolge immerhin die Hälfte der Einberufenen.

Die Armee kämpft um ihr Überleben

Die massivsten Sanktionen gegen die Verweigerer sind vorerst: Deserteure verlieren sofort ihren Arbeitsplatz. Es sind Fälle bekannt, wo über Radio Listen von Kriegsdienstverweigerern verbreitet und diese damit gesellschaftlich angeschwärzt und stigmatisiert wurden. Das von Serbien dominierte jugoslawische Präsidium drohte Wehrdienstverweigerern mit Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren. Eigentlich droht Verweigerern unter Kriegsrecht die Todesstrafe. Da der Krieg jedoch nie erklärt worden ist, kann auch die Todesstrafe nicht vollzogen werden. Eine Kriegserklärung käme völkerrechtlich einer Anerkennung Kroatiens durch die serbische Führung gleich.

Die «Volksarmee» kämpft laut *Vesna Terselic*, Sprecherin des Zagreber Friedenszentrums, einen Selbstmord-Krieg: ohne Staat und ohne Gesellschaft. Sie braucht aber dringend eine steuerzahlende Bevölkerung und eine staatliche politische Einheit hinter sich, um sich Legitimation zu verschaffen und die innere Desintegration zu verhindern. Für die Armee ist deshalb die jetzige Diskussion um ein Rumpf-Jugoslawien überlebenswichtig. Jugoslawien braucht keine Ar-

Aufruf gegen die Gleichgültigkeit

Im Anschluss an eine von der GSoA Anfang November organisierte Veranstaltungstournee mit VertreterInnen der Friedensbewegung aus Slowenien und Kroatien beschloss SWISSAID, «als kleinen Beitrag zum Frieden und gegen die herrschende Gleichgültigkeit» die jugoslawische Friedensbewegung mit 20'000 Franken zu unterstützen. Wir veröffentlichen den Aufruf.

Mitten in Europa tobt der Krieg. In einem Land, in dem wir während Jahren unsere Ferien genossen haben, werden täglich Hunderte von Menschen getötet. Hunderttausende Familien haben ihre Heimat verloren, sind auf der Flucht vor Tod und Zerstörung. Und wir? Wir schauen zu, wenden uns ab, buchen unsere Ferien um. Gleichgültigkeit und Ratlosigkeit beherrschen unser Leben. Aufgeschreckt werden wir erst, wenn die Menschen auf ihrer Flucht bei uns anklopfen und Schutz suchen. Dann finden wir es an der Zeit, die Grenzen zu schliessen.

Wenn uns der Krieg im auseinanderbrechenden Jugoslawien, vor unserer Haustüre, so wenig berührt, um wieviel weniger noch interessiert uns das Schicksal der Menschen in Somalia, in Osttimor, in Liberia, in Burma, wo ebenfalls schreckliche Kriege wüten?

Wie lange können wir es uns noch leisten, uns einfach abzuwenden, umzubuchen, Elend und Unrecht als etwas zu betrachten, das uns nichts angeht? Unsere Welt hat mit dieser Gleichgültigkeit keine Zukunft. Frieden, gewaltfreie Konfliktlösungen müssen geübt und ge-

wagt werden. Frieden ist nicht möglich, solange mehr Geld für Waffen und Rüstung ausgegeben wird als für Friedenssicherung und Entwicklungszusammenarbeit, solange die Probleme der Verschuldung, der ungerechten Handelsbeziehungen und der Wohlstandsunterschiede nicht wirklich angegangen werden.

Die Entwicklungsorganisation SWISSAID ruft deshalb die Schweizer Bevölkerung dringend dazu auf, sich aktiv für eine friedlichere und gerechtere Welt einzusetzen. Schreiben Sie dem Bundesrat oder anderen PolitikerInnen, machen Sie mit in Friedensgruppen, unterstützen Sie Friedensinitiativen in Konfliktregionen oder helfen Sie persönlich den Opfern von Krieg und Gewalt.

SWISSAID ruft aber auch Bundesrat und Parlament dazu auf:

- sich kompromisslos für den Frieden, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Schutz von Minderheiten und die konsequente Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen;
- nicht mehr länger mit der Anerkennung für Kroatien und Slowenien, aber auch der anderen Republiken, die ihre Unabhängigkeit wünschen, zuzuwarten;
- sich öffentlich gegen Eroberungszüge, Gewalt und Unterdrückung auszusprechen;
- sich aktiv für gerechtere Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen;
- Entwicklungszusammenarbeit bewusst als aktive Friedensarbeit zu fördern.

Es erfordert Mut, die Initiative zu ergreifen, den ersten Schritt zu wagen. Die Schweiz darf nicht passiv sein und nur auf die Reaktionen aus der Europäischen Gemeinschaft oder aus den USA warten. Es gilt, die Chancen, die uns die schweizerische Neutralität bietet, zu nutzen. Eine glaubwürdige Friedenspolitik verlangt aber auch, dass die Schweiz endlich darauf verzichtet, Waffen zu exportieren und ein Hort für Fluchtgeld zu sein.

Als kleinen Beitrag zum Frieden und gegen die herrschende Gleichgültigkeit hat SWISSAID beschlossen, die jugoslawische Friedensbewegung mit 20'000 Franken zu unterstützen. Ein kleines Zeichen der Solidarität mit mutigen Frauen und Männern aus allen Landesteilen, die unter Einsatz ihres Lebens allen Opfern dieses sinnlosen Krieges, gleich welcher Nationalität, beistehen und immer wieder in Erinnerung rufen, dass Gewalt keine Lösung ist, dass der Krieg nur Verlierer kennt.

Die GSoA und eine speziell dafür ins Leben gerufene Arbeitsgruppe führen ihre Unterstützungsarbeit weiter. In Vorbereitung sind weitere Veranstaltungen in der Schweiz und eine Schweizer Delegation ins Kriegsgebiet. Zudem unterstützt die GSoA die Friedensbewegungen in Serbien und Kroatien. Jede Spende für diese Hilfe ist willkommen auf PC 80-64741, GSoA Zürich, Vermerk «Anti-Kriegs-Kampagne».
Besten Dank

mee, aber die Armee braucht ein Jugoslawien...

Aufgaben der Friedensbewegung

Konkrete Projekte der Militärkonversion als Angebot an die Armee, um sie von ihrer Selbstverteidigungsrolle zu entbinden, die Entmilitarisierung einzelner Gebiete, die schrittweise Zurückdrängung der Kriegslogik durch zivile Alternativen und die Verteidigung menschlicher Interessen – diese Aufgaben stellt sich die Friedensbewegung in allen Republiken heute. Die Friedensbewegungen Westeuropas haben dazu bisher wichtige Beiträge geleistet. Eine Friedenskarawane, Seminare für gewaltfreien Widerstand, materielle und ideelle Unterstützung

sind wichtige, nicht nur symbolische Beiträge an die Bemühungen von Tausenden mutiger Männer und Frauen, die sich in der Situation des Krieges für menschliches Recht wehren. Wir müssen alle Organisationen in den jugoslawischen Republiken unterstützen, die sich der Gewaltlosigkeit und dem Dialog zwischen den Nationen und Nationalitäten verschrieben haben. Das Aufkeimen einer zivilen Opposition gegen den Krieg in seinen Atempausen schafft den Boden für eine zivile Lösung der sozialen und nationalen Fragen, die vom Krieg erst zu ihrer blutigen Spitze getrieben wurden.

Niemand kann von der westlichen Friedensbewegung verlangen, dass sie Probleme, die die westlichen Regierungen über Rüstungslieferungen und verfehlte Politik über Jahre und Jahrzehnte mitverursacht haben, innerhalb einiger Wochen

durch einige Kundgebungen hier löse. Aber die westliche Friedensbewegung kann in Zusammenarbeit mit den Friedensbewegungen der Republiken des ehemaligen Jugoslawiens den Grundstein legen für eine gerechtere Nachkriegsordnung, in der nicht durch die gleiche verfehlte Politik die gleichen Probleme wieder von neuem geschaffen werden.

Quellen: AGORA, Bulletin der Foundation of Conscience, Zagreb. ARKzin, Sprachrohr der Antikriegskampagne in Jugoslawien/Zagreb. The INTRUDER, Movement for the Culture of Peace and Nonviolence, Ljubljana, Dez. 91. Der KRANICH, Zeitung des Salzburger Personenkomitees für Frieden und Abrüstung, Dezember 1991. OST-WEST-GEGENINFORMATIONEN, Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz, Nr. 7-8/91. WHY, Publikation für Menschenrechte und Frieden, Zagreb. YUGOFAX, Hg. War Report und Helsinki Citizens Assembly, Belgrad/London. ZAM, Zeitschrift für Antimilitarismus, 8/91